

Zeitschrift: Die Schweiz : schweizerische illustrierte Zeitschrift
Band: 23 (1919)

Rubrik: Illustrierte Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 04.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



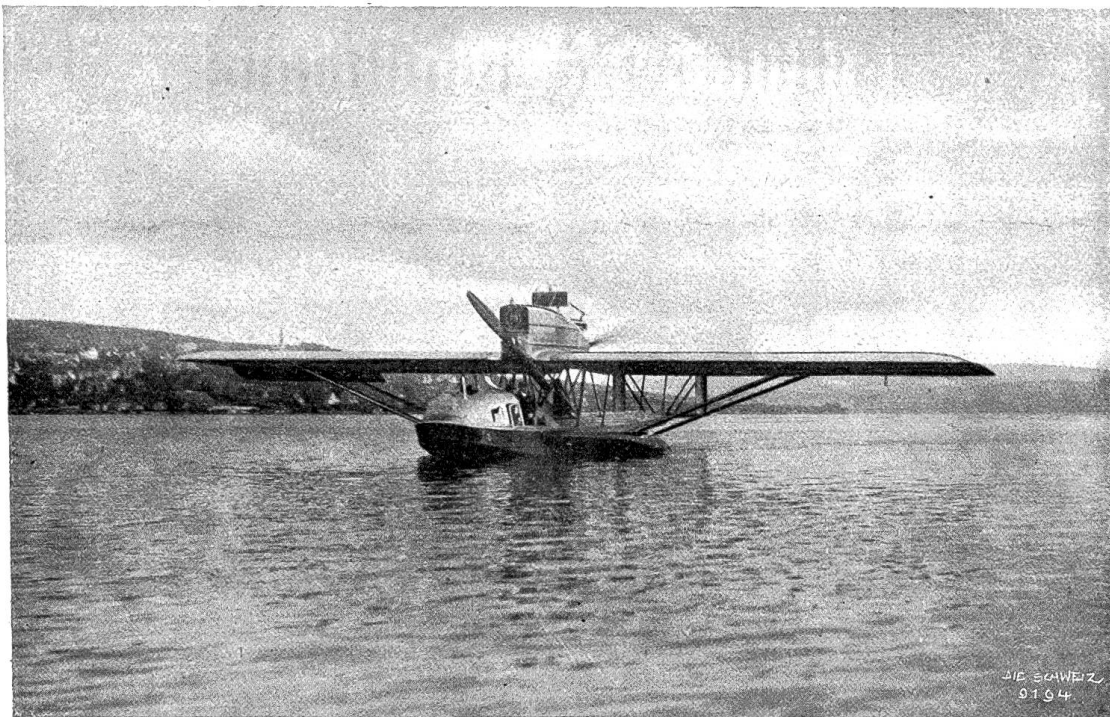
Am Campo Tencia. Phot. Jean Gaberell, Thalwil.

Politische Uebersicht.

Zürich, den 29. Oktober 1919.

Noch immer ist der Friede in Europa nicht wieder hergestellt. Am 11. November jährt sich die Unterzeichnung des Waffenstillstandsvertrages, und es muß gut gehen, wenn bis dahin der Austausch der ersten Ratifikationsurkunden vollzogen ist. Als erstes von allen hat das englische Parlament seine Pflicht getan und ohne weiterschweifige Diskussion dem Friedens- und dem Völkerbundsvertrag seine Zustimmung erteilt. Trotzdem verzögerte sich die feierliche Unterzeichnung der Ratifikationsurkunde durch den König noch bis in die letzten Tage, weil zuerst noch die Zustimmung der Parlamente der englischen Dominions abgewartet werden mußte, von denen Australien sich am längsten im Rückstand befand. Viel länger und schwieriger als

im englischen Parlament war die Diskussion im französischen; doch auch sie schloß zu guter Letzt mit einem imposanten zustimmenden Mehr in der Kammer am 2. Oktober und der Annahme mit 217 Stimmen bei einer Enthaltung am 12. Oktober im Senat. In Italien durchkreuzte die Kammerauflösung die Ratifikationsdebatte; man fand den Ausweg, die Ratifikation zunächst durch königliches Dekret vollziehen zu lassen und sie dann später durch die Kammer zum Gesetz zu erheben. Die Alliierten erklärten sich mit diesem Vorgehen einverstanden, und so konnte, als am 6. Oktober der König von Italien das Dekret unterzeichnet hatte und am 12. Oktober der französische Senat seine Zustimmung zur Ratifikation gab, die Vorbedingung des Friedensvertrags, daß außer Deutschland drei Großmächte



Das Wasserflugzeug „Ad Astra“. (Im Besitze der Schweiz. Luftfahrt-Gesellschaft). Fahrt auf dem Zürichsee. Phot. Jean Gaberell, Thalwil.

den Frieden ratifiziert haben müßten, um seine Inkraftsetzung zu vollziehen, als erfüllt gelten.

Für unsere schweizerische Gemüthlichkeit kam diese Entwicklung etwas überraschend. Man hatte geglaubt, durch die Sabotage des amerikanischen Senates werde die Ratifikation so lange hinausgezögert, daß man alle Zeit haben werde, inzwischen noch unsern alten Nationalrat zu beerdigen und einen neuen zu wählen. Der Nationalrat, vor seiner Auflösung stehend, beschloß deshalb, auf die Völkerbundsfrage einstweilen noch nicht einzutreten, und nun kommt plötzlich der Bericht, daß die drei Großmächte, die zur Ratifikation nötig sind, sich auch ohne Amerika gefunden haben, und daß deshalb schon in den allernächsten Tagen die zweimonatige Frist zu laufen beginnt, innerhalb welcher wir uns für oder gegen den Beitritt als ursprüngliches Mitglied entscheiden müssen. Der Bundesrat hat sich deshalb genötigt gesehen, den Nationalrat, der am 26. Oktober durch das Proporzparlament abgelöst werden wird, auf den 10. November doch noch zu einer Extra-Session für den Völkerbund einzuberufen. Es wird ein besonderes Ber-

gnügen sein für die Herren, die am 26. Oktober nicht mehr gewählt wurden, doch noch einmal in Bern einzurücken; der alte Nationalrat, nur noch „das Gespenst seiner selbst“, wird mit Unlust an die Arbeit gehen, die er rechtzeitig zu tun versäumt hatte, und um deretwillen er nun „nachsitzen“ muß. Die Hauptsache aber wird sein, daß er mit einer entschiedenen Mehrheit dem Beitritt zum Völkerbund beistimmt und den Bundesrat ermächtigt, in Paris die Anmeldung als ursprüngliches Mitglied unter Vorbehalt der nachträglichen Gutheißung durch das Volk einzureichen. Vom Ständerat wird hoffentlich dasselbe zu erwarten sein.

Die Hauptsorge bleibt nach wie vor Amerika. Präsident Wilson ist von seiner Vortragstournee schwer erkrankt nach Washington zurückgekehrt und soll noch auf Wochen hinaus arbeitsunfähig sein. Im Senat hat die Opposition noch nicht abgerüstet; sie gedenkt vielmehr, ihre Position Schritt um Schritt zu verteidigen. Man erwartet, daß sich die Sache auf diese Weise noch bis zum 10. November hinziehen werde, an welchem Tage dann auch schon gleich die erste Sitzung des Völkerbundesrates stattfinden und zu-

gleich der zweimonatliche Termin für die eingeladenen neutralen Staaten zu laufen beginnen soll.

In England hat der frivole Eisenbahnerstreik dank der entschiedenen Haltung der ganzen Bevölkerung mit einem Sieg der Regierung geendet, obwohl die Streiker auch noch einige wichtige Konzessionen herauszuschlagen vermochten. Die Ueberwindung dieser schweren innern Gefahr ist ein neuer Beweis der Lebenskraft des britischen Weltreichs. Auch in seinem äußern Bestand geht es aus dem Weltkrieg gestärkt und konsolidiert hervor. „Aus dem lockern und zu gemeinsamen militärischen Aktionen ganz und gar nicht organisierten Staatenverein hat die allgemeine Gefahr einen Bundesstaat gemacht, dessen Form allerdings noch recht unfertig ist, der sich aber von nun an in seiner Gesamtheit an der Weltpolitik beteiligen will.“

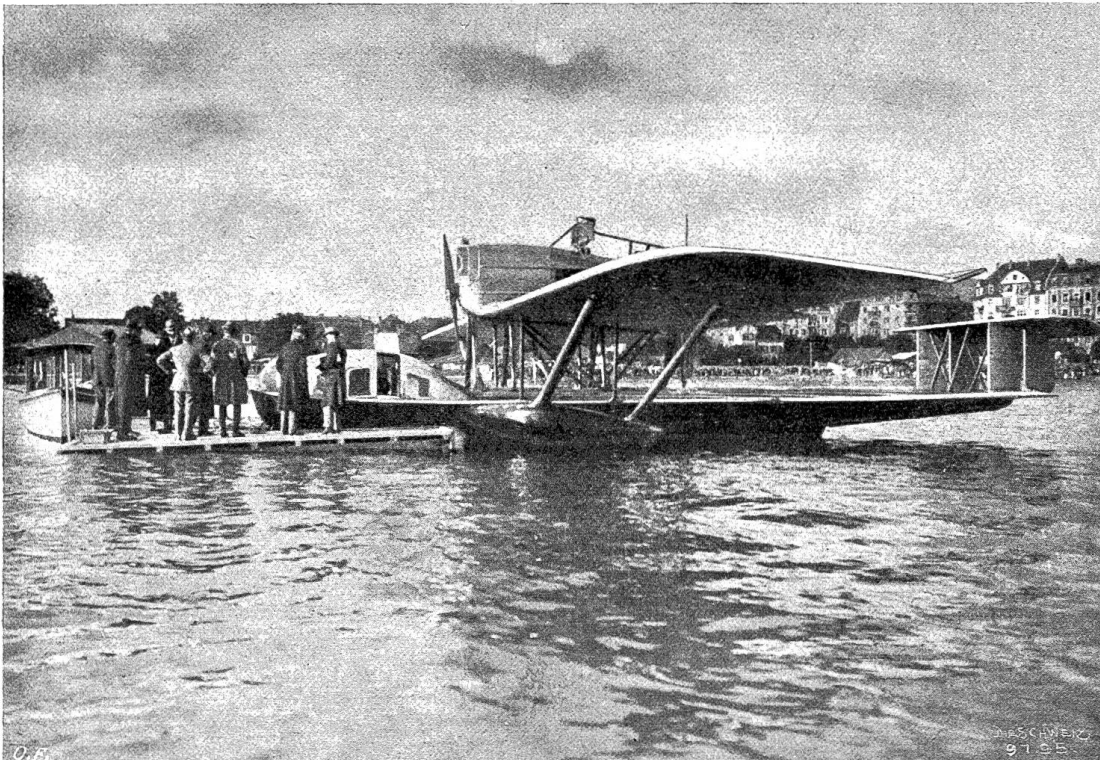
Ein großer Wirrwarr herrscht im Osten Deutschlands, in den russischen Randstaaten, die Deutschland schon mehr oder weniger als künftiges Siedlungsgebiet betrachtete und sogar den Soldaten als solches versprochen hatte, so daß diese nun trotz kategorischem Befehl aus dem neu eroberten Land sich nicht mehr zurück-

ziehen wollten. Es bedurfte der unmißverständlichen Drohung des Obersten Rates in Paris mit einer neuen scharfen Blockade, um die deutsche Regierung zu veranlassen, nun mit allen Mitteln die Rückbeförderung ihrer Truppen hinter die vom Friedensvertrag vorgeschriebenen Grenzen zu veranlassen. Aber etwa die Hälfte der deutschen Armee hat es vorgezogen, die deutsche Staatsangehörigkeit aufzugeben und zu den Russen überzugehen. Wie sich dieses Durcheinander schließlich entwirren wird, vermag kein Mensch zu sagen.

Wieder einmal wird der Fall von Petersburg als unmittelbar bevorstehend angekündigt. Eine „westrussische Armee“ von antibolschewistischen Russen ist bis in die unmittelbare Nähe der Hauptstadt vorgerückt, und auch Kronstadt soll vor der Kapitulation stehen. General Denikin im Süden und Koltshak in Sibirien melden abwechselnd Erfolge und Rückschläge. Alles in allem herrscht der Eindruck vor, daß die Bolschewiki noch nicht daran denken, die weiße Flagge zu hissen.

* * *

In der Schweiz wurde während dieses Monats das politische Interesse durch die Nationalratswahlen in Anspruch ge-



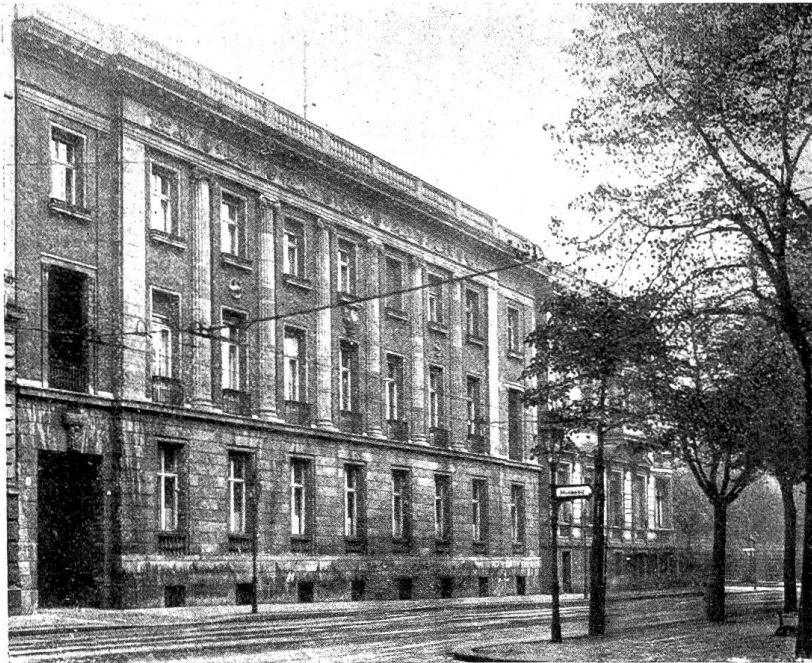
Das Wasserflugzeug „Ad Astra“. Landung beim Zürichhorn. Phot. Jean Gaberell, Thalwil.

nommen, die am 26. Oktober vor sich gingen und denen man mit besonderer Spannung entgegensah, weil zum ersten Mal das Proportionalwahlverfahren zur Anwendung kam. Man hegte die Befürchtung, daß die sozialdemokratische Vertretung zur drei- oder vierfachen Stärke ihrer gegenwärtigen Fraktion anschwellen würde. Noch im vergangenen Frühjahr war man in ihren Kreisen sicher, 70—80 Mandate zu erobern, und auch bürgerliche Politiker hielten diese Erwartung nicht für übertrieben. Durch ihre im Verlauf des Sommers bewiesene ausgesprochene Vorliebe für den russischen Bolschewismus erlitt jedoch die Sozialdemokratie eine starke Einbuße an Popularität bis weit in die Arbeiterkreise hinein. Zwar hatte eine Urabstimmung den Beschluß des Basler Sozialistentages, der dritten Internationale von Moskau beizutreten, wieder umgestürzt; es lag jedoch nahe, diese Korrektur mehr taktischen Erwägungen — eben der Rücksicht auf die Nationalratswahlen — als einer grundsätzlichen Abkehr vom Bolschewismus zuzuschreiben. Wie dem auch sei, das Ergebnis hat erwiesen, daß die revolutionäre Sozialdemokratie in der Schweiz nicht die ausschlaggebende politische Richtung vertritt, sondern sich mit der Rolle einer Minderheitsgruppe begnügen muß.

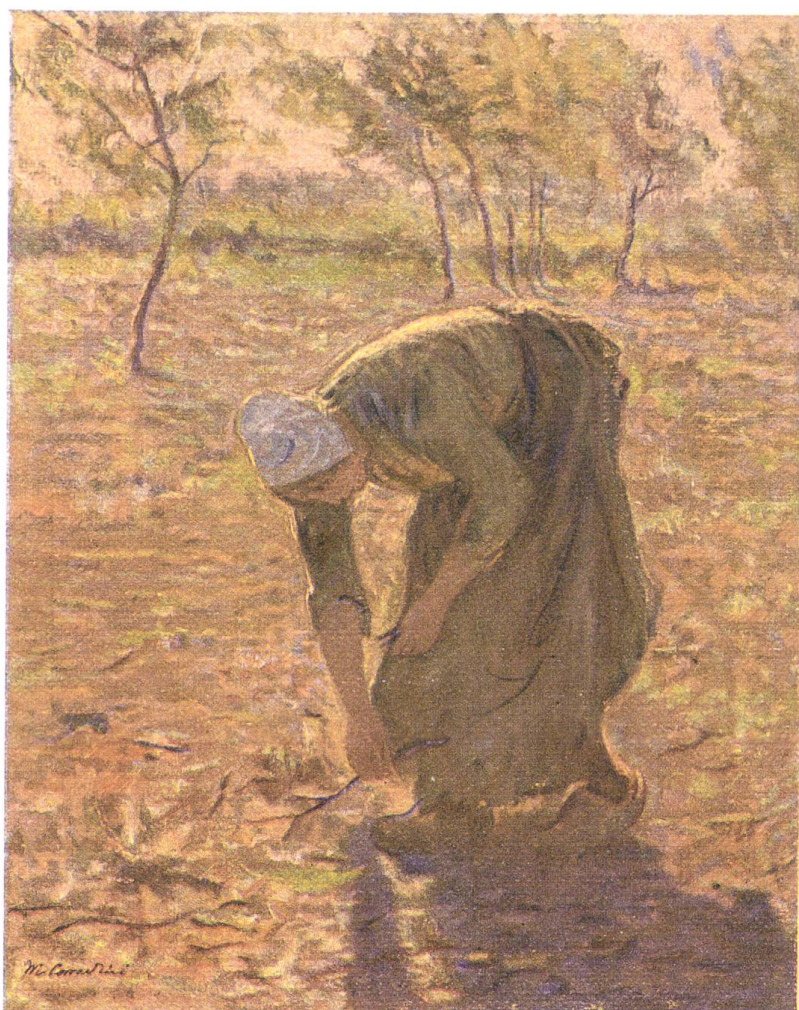
Zu dieser Stunde liegen die Wahlergebnisse noch nicht vollständig vor; doch kann man sich aus den bereits bekannt gewordenen Wahlziffern immerhin ein Bild machen von der Zusammensetzung des ersten schweizerischen Proportional-Parlaments. Es werden voraussichtlich Mitglieder des Nationalrates zählen: die freisinnig-demokratische Partei (inklusive jurassische

Freisinnige und radikale Genfer) 62 (bisher 108); katholisch-konservative Partei (inklusive Christlichsoziale) 42 (wie bisher); sozialdemokratische Partei 40 (bisher 20); Bauernpartei (einschließlich Gewerkepartei des Kantons Bern) 27 (bisher 0); liberal-demokratische Partei (früheres Zentrum) 9 (bisher 11); ostschweizerische Demokraten 4 (wie bisher); Grütliauer 3 (wie bisher); fortschrittliche Bürgerpartei Basel 1 (wie bisher); evangelische Volkspartei des Kantons Zürich 1 (bisher 0).

Der große Sieger auf der bürgerlichen Seite ist die Bauernpartei, die auf einmal mit 27 Mandaten aufrückt; sie hat neben den Sozialdemokraten der bisherigen herrschenden freisinnig-demokratischen Partei am meisten Abbruch getan. Die Sozialdemokraten haben in 11 von 25 Wahlkreisen keine Vertretung erlangt. Andererseits ist es der gemäßigten sozialdemokratischen Partei der Grütliauer nicht gelungen, auf Kosten der äußersten Linken Eroberungen zu machen. S. Z.



Das neue Heim der Schweizerischen Gesandtschaft in Berlin. Das vom Schweiz. Bundesrat angekaufte Gebäude wird vom jetzigen Besitzer auf Ende dieses Jahres geräumt, um der Gesandtschaft Platz zu machen.



Salon 1919.

Margherita Corradini, Zürich. Holzleferin.

